

## **Präambel zu den drei Beschlussvorlagen „kommunales Wohnen im Doppeldorf“**

Die Gemeinde Petershagen-Eggersdorf ist durch Immobilienübertragungen nach der Wende in den 1990er Eigentümer eines Gebäudebestandes mit insgesamt 88 Wohneinheiten geworden. Diese werden seitdem durch die Gemeinde verwaltet.

In den letzten zehn Jahren wurden nicht ausreichend viele Immobilien bedarfsadäquat saniert. Der Mietpreis wurde nicht ausgaben gerecht erhöht. Es stehen nicht genügend Wohnimmobilien, vor allem mit sozialverträglichen Mieten, zur Verfügung. Eine Erweiterung des Bestandes wurde nicht betrieben, obwohl perspektivisch mit einer erhöhten Nachfrage, vor allem bei Jungen und älteren Menschen zu erwarten ist. Die Vergabe erfolgte nicht mit ausreichender Transparenz und kann nicht von den Gemeindegliedern überprüft werden. Ein externer Dienstleister und die Verwaltung der Gemeinde betreuen parallel den Wohngebäudebestand.

### Fazit:

Die Gesamtsituation in den Bereichen Gebäudebestand und Sanierung, Mieteinnahmeentwicklung, Wohnungsangeboten (allgemein und mit sozialer Preisorientierung) aber auch Aspekte der Immobilienverwaltung sind nicht zufriedenstellend.

Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitgliedern des Ausschusses Wirtschaft, Kultur und Sport (SPD, DIE LINKE und Fraktion Verantwortung) hat darum drei Beschlussvorlagen erarbeitet, um fraktionsübergreifend perspektivisch eine Verbesserung der Gesamtsituation zu erreichen.